

Warum interessieren sich Historiker nicht für die Verfassung?

Maximilian Steinbeis

2010-05-12T21:15:07

Dieter Grimm hat bei der C.F.v.[Siemens-Stiftung](#) die Historiker ausgeschimpft, weil sie die bundesrepublikanische Verfassungsgeschichte ignorieren. So in der Süddeutschen Zeitung (leider nicht online, soweit ich sehe) heute zu lesen.

Dieser Mangel ist uns auch aufgefallen bei unserer Arbeit an dem [Grundgesetz](#)-Buch. Die Verfassungsgeschichtsschreibung überlassen die Historiker ganz und gar den Juristen, vor allem Staatsrechtlern, also – mit Verlaub – historischen Amateuren, die im Regelfall kaum mehr als Dogmengeschichte und staatstragende Feierlichkeiten zustande bringen.

Besonders eklatant ist dieser Mangel, was das Bundesverfassungsgericht betrifft. Es gibt, soweit ich weiß, aus der Zunft der Historiker keine einzige wissenschaftliche Monographie über diese Institution. Es gibt auch erstaunlich wenig Biographisches über die Richter.

Warum? Dass die Rolle des Verfassungsgerichts bei der Westeinbindung, in der Deutschlandpolitik, in der RAF-Ära zeithistorisch überhaupt nicht zu überschätzen ist, liegt doch auf der Hand. Wieso hat diese doch eigentlich nicht fernliegende Möglichkeit, sich als Zeithistoriker mit einer Habil zu diesem Thema Ruhm zu erwerben, noch niemand ergriffen?

Update: Nach einigem Nachdenken hier eine Hypothese, was der Grund sein könnte für den Bogen, den die Historiker um die Verfassung machen.

Die Verfassung ist etwas, das mit der Geschichte in dem Sinne, wie sie von Historikern erforscht wird, auf merkwürdige Weise interferiert. Sie ist das politische Gründungsdokument des Staates. Sie wirkt aus der Vergangenheit in die Gegenwart und legt sie auf bestimmte Verfahren, Werte und Handlungsschranken fest.

Ein Historiker müsste erforschen, wie sie das tut und wie diese Festlegung der Gegenwart genau funktioniert: Wie nehmen zu diesem oder jenem Zeitpunkt die verschiedenen Akteure, der Regierung, der Justiz, der Gesellschaft etc. diese Festlegungen wahr? Wie verändert sich diese Wahrnehmung? Und warum?

Genau die gleichen Fragen stellt auch die Rechtswissenschaft, aber in einem ganz anderen Erkenntnisinteresse: Die Beschäftigung mit der Verfassungsgeschichte soll Aufschluss darüber geben, was die Verfassung genau von der Gegenwart fordert. Wie haben die „Väter und Mütter des Grundgesetzes“ diese oder jene Formulierung genau gemeint? Was hatte das Bundesverfassungsgericht im Sinn, als es diese oder jene Vorschrift so und so auslegte? Die historische Kontextualisierung kann über Recht oder Unrecht entscheiden. Das tut kein Historiker gerne.

Originalismus

Dazu kommt noch eine weitere Ebene: Zu den Dingen, auf die Verfassung die Gegenwart festlegt, gehört ja auch diese Wahrnehmung der Verfassung selbst. Die Institution des Bundesverfassungsgerichts samt Normverwerfungsmonopol, die Zweidrittelmehrheits- und die „Ewigkeitsklausel“ in Art. 79 GG, die Regelung zu einer potenziellen Nachfolgeverfassung in Art. 146 GG – all das sind Beispiele für Elemente einer Meta-Verfassung, mit denen das Grundgesetz sein eigenes Wahrgenommenwerden und seinen eigenen Wandel determiniert.

Man muss nur nach Amerika schauen, um zu sehen, in welche Bredouille Historiker geraten, wenn sie der Verfassung zu nahe kommen. In den USA ist seit einiger Zeit die Frage, auf welche Weise die Verfassung die Gegenwart festlegt, die verfassungspolitische Gretchenfrage schlechthin. Originalisten wie Antonin Scalia sagen, „text and history“ seien alles, was ein Verfassungsjurist braucht: Die Verfassung sei, was deren Autoren sich 1786 beim Niederschreiben der Verfassung gedacht hatten, nicht mehr und nicht weniger. Ob das Briefgeheimnis sich auch auf E-Mails erstreckt, hängt davon ab, ob Madison und Jefferson den Schutz von E-Mails im Sinn hatten oder nicht. Hatten sie nicht? Gab Ende des 18. Jahrhunderts noch gar keine E-Mails? Sorry, so Scalia, dann gibt es leider keinen Grundrechtsschutz.

Originalisten vom Schlage Scalias gibt es diesseits des Atlantik nicht. Aber die so genannte historische Auslegung, eine der vier kanonisierten Auslegungsmethoden, ist so anders nicht: Man versucht herauszufinden, welche Anwendung einer Norm auf einen bestimmten gegenwärtigen Fall denn die Autoren der Norm damals, in der Vergangenheit, im Sinn gehabt haben könnten. Das spielt zwar keine allzu große Rolle mehr, und Zitate aus dem Parlamentarischen Rat werden meines Wissens in BVerfG-Urteilen im Regelfall nur unterstützend herangezogen. Aber immerhin.

Jedem Historiker müssen bei dieser Herangehensweise Pickel wachsen. An einen Jahre oder Jahrzehnte alten Text die Frage zu stellen, was seine Autoren zu einem Jahre oder Jahrzehnte jüngeren Fall zu sagen hatten oder gehabt hätten, wenn sie ihn gekannt hätten – diese Frage muss jeder Historiker als zutiefst unhistorisch empfinden.

Originalismus

is to history what astrology is to astronomy, what alchemy is to chemistry,
what creationism is to evolution,

habe ich neulich in einem Artikel im New Yorker gelesen.

Jedenfalls ist es vielleicht doch nicht so erstaunlich, wenn Historiker es vorziehen, dieser Gesellschaft aus dem Weg zu gehen.

Umgekehrt liegt hier vielleicht auch der Grund, warum das Bundesverfassungsgericht seine Akten so ungern zugänglich macht. Dass da Skandale ans Tageslicht kommen könnten, müsste doch eigentlich seine Sorge

nicht sein. Viel eher leuchtet mir ein, dass das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung eben nicht auf die besagte Weise historisiert – also als etwas Zeitbedingtes, nur aus dem zeitgeschichtlichen Kontext heraus Verständliches und auf gegenwärtige Verhältnisse nur begrenzt Übertragbares dargestellt sehen möchte.

